

## Positionspapier

# NEIN zur gefährlichen Selbstbestimmungsinitiative

**Die Junge BDP Schweiz lehnt die trügerische SVP-Initiative entschieden ab. Diese gaukelt uns mehr Selbstbestimmung vor – tatsächlich beschneidet sie aber unsere Grundrechte, schwächt unsere Demokratie und gefährdet unsere Wirtschaft durch grosse Rechtsunsicherheit. Daher: NEIN am 25. November 2018 zur SBI.**

### Die Vorlage

Die sog. «Selbstbestimmungsinitiative» will in der Bundesverfassung verankern, dass das Schweizer Recht Vorrang hat gegenüber dem Völkerrecht. Dazu sollen völkerrechtliche Verträge, die Schweizer Recht widersprechen, «neu ausgehandelt» oder «nötigenfalls gekündigt» werden. Behörden wie z.B. das Bundesgericht dürften im Konfliktfall nur noch völkerrechtliche Verträge anwenden, die dem Referendum unterstanden haben.



Mit Annahme der Initiative kann das Bundesgericht nicht mehr auf die Europäischen Menschenrechtskonventionen EMRK zurückgreifen, um unsere Grundrechte zu schützen.

### Unsere Argumente

Das internationale Recht dient der Rechtsstaatlichkeit, schützt Grundrechte und fördert eine offene Weltwirtschaft. Allesamt Anliegen, auf welchen die Schweiz ihren Wohlstand aufgebaut hat. Dieses Recht schützt uns vor Machtpolitik und Willkür grosser Staaten. Die Selbstbestimmungsinitiative hingegen würde die weltweit vernetzte Schweiz zu einer unzuverlässigen Vertragspartnerin machen. Würde sie angenommen, wären sowohl die Europäischen Menschenrechtskonventionen als auch die Bilateralen Verträge mit der EU fundamental in Frage gestellt.

Die JBDP Schweiz sagt **«NEIN zum Angriff auf Menschenrechte»** Entgegen der landläufigen Meinung sind die Menschenrechte durch die Bundesverfassung nicht ausreichend geschützt. Eine Mehrheit von Stimmvolk und Ständen kann die Verfassung ändern. Das Parlament kann Gesetze erlassen, welche die Grundrechte ändern oder sogar abschaffen. Die Schweiz verfügt über kein Verfassungsgericht, das hier korrigierend eingreifen könnte. Diese Sicherheitslücke wird einzig durch die EMRK geschlossen.

Die JBDP Schweiz sagt **«NEIN zum Angriff auf die Demokratie»** Die Initiative enthält eine undemokratische Rückwirkungsklausel. Das heisst, dass bei einem Ja auch Verträge automatisch gebrochen oder gekündigt werden müssen, zu denen die Stimmberechtigten bereits Ja gesagt hatten.

Die JBDP Schweiz sagt **«NEIN zum Angriff auf unsere Wirtschaft»** Diese Initiative löst grosse Rechtsunsicherheit aus. Sie betrifft über 600 Wirtschaftsabkommen, die unseren Exportunternehmen – häufig KMU – die Märkte öffnen, deren Investitionen und Patente schützen oder Transporte vereinfachen. Der in der Vorlage geschaffene Dauervorbehalt der Kündigung schafft jedoch kein Klima, in welchem Unternehmen gerne investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Genehmigt durch den Vorstand der Jungen BDP Schweiz